

KLUB DER FREIHEITLICHEN GEMEINDERÄTE

Rathaus
Rathausplatz 1
9500 Villach

M: +43 (0)664 42 052 81
E: villach.klub@freiheitliche-ktn.at

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI
GEMEINDERATSKLUB VILLACH

42/2021

24/09/21

Dringl. D

An den
Gemeinderat der Stadt Villach
Rathausplatz 1
9500 Villach

24.09.2021

Dringlichkeitsantrag der FPÖ Gemeinderäte gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Kärntner Strompreisschock muss verhindert werden

Derzeit steigen die Energiepreise in ganz Europa stark an. Die rasant steigenden Kosten für Strom und Gas bedrohen die wirtschaftliche Erholung und belasten die Bürger in Europa. Erste Fabriken müssen schließen. Diese Entwicklung an den Energiemärkten bringt Politiker und Unternehmer gleichermaßen in Bedrängnis. In Großbritannien schloss ein großer Düngemittelhersteller die ersten Fabriken, weil sich seine Produktion zu diesen Gaspreisen nicht mehr rechnet. Zeitgleich suchen die Regierungen in Italien, Spanien und anderen Mitgliedstaaten nach Möglichkeiten, um die Bevölkerung vor dem Preisschub zu bewahren.

Der für die Sommersaison ungewöhnlich hohe Gaspreis ist zum Teil schuld an den steigenden Stromrechnungen. Anlagen für erneuerbare Energie erzeugten in den ersten Monaten weniger Elektrizität als erwartet. Kaum Wind im Norden und wenig Wasser im trockenen Süden verringerten die Produktion der Öko-Kraftwerke massiv. Stattdessen kamen verstärkt Kohle- und Gaskraftwerke zum Einsatz - zu entsprechend höheren Kosten.

Da auf dem Strommarkt immer das teuerste Kraftwerk, das noch Elektrizität verkauft, die Preise bestimmt, zieht die Kombination aus wenig erneuerbarer Energie und teurem Gas die Kosten nach oben. Verstärkt wird dieser Effekt durch die politische Vorgabe, wonach Versorger, die fossile Elektrizität erzeugen, CO₂-Zertifikate zukaufen müssen. Auch der Preis dieser Verschmutzungsrechte stieg zuletzt stark an. Das Recht, in der EU eine Tonne Kohlendioxid auszustoßen, kostet mit 60 Euro fast doppelt so viel wie zu Jahresbeginn.

Vor diesem Hintergrund kommen auf die Haushalte steigende Kosten zu. EU-Wettbewerbskommissar Paolo Gentiloni drängt die Mitgliedstaaten, Maßnahmen gegen Energiearmut zu verstärken. In seinem Heimatland Italien erwarten die Stromkunden mit 1. Oktober um 40 Prozent höhere Rechnungen. In Österreich steigt der Großhandelspreis, was dazu führen wird, dass sehr bald alle Haushalte die daraus resultierende finanzielle Belastung spüren werden. In Spanien, Polen, Griechenland und Deutschland ist es bereits so weit. Hier ist Energiearmut längst ein Thema, das die Politik beschäftigt.

Italiens Premier, Mario Draghi, will Stromrechnungen künftig neu berechnen lassen und der Bevölkerung mit 1,2 Milliarden Euro unter die Arme greifen. Ähnlich reagieren Paris und Athen. Spaniens sozialistischer Regierungschef, Pedro Sanchez, will die Gewinne der Energieversorger umleiten und die Gaspreise staatlich begrenzen. Rumänien arbeitet auch an einem Höchstpreis für Gas.

Auch Kärntner Haushalte haben dieser Tage schon Post von Energieversorgern bekommen, in denen mitgeteilt wurde, dass sich die Strompreise um rund 40 Prozent erhöhen. Das Land Kärnten und die österreichische Bundesregierung sind nunmehr dringend gefordert, die Auswirkungen dieser Preislawine sozial abzufedern.

Die unterfertigenden Gemeinderäte stellen daher den

ANTRAG:

Die Stadt Villach ersucht die Kärntner Landesregierung in Verhandlungen mit der Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, dass ein Strompreisschock verhindert wird und die Strom- und Gaspreise insbesondere in Kärnten nicht erhöht werden. Die im Raum stehende massive Erhöhung der Strom- und Gaspreise würde zu einer starken Steigerung der Miet- und Betriebskosten sowie zu Kostensteigerung bei den Unternehmen führen, welche wiederum zu einer allgemeinen Teuerung führen wird.

[Handwritten signatures in blue ink]